

Kritik der politischen Philosophie¹

Raymond Geuss unterzieht in seiner Streitschrift 'Kritik der politischen Philosophie' die dominant-normative Strömung politischer Philosophie einer prinzipiellen Kritik. Er nimmt sich vor allem jenen Typus politischer Philosophie zur Brust, der zumeist mit kant'schem Background 'Politik als angewandte Ethik' begreift, wobei er insbesondere, gleichsam stellvertretend, auf John Rawls als prominenten Vertreter zielt, m.E. aber auch weite Teile der sog. jüngeren kritischen Theorie in Anschluss an Habermas trifft. In seinem längeren Vorwort begegnet Geuss dem vorherrschenden 'Supernormativismus' (C. Henning) mit zwei grundlegenden Einwänden, auf die aufbauend er vier programmatische Thesen zur Erneuerung einer realistischen politischen Philosophie aufstellt. Einerseits begegnet Geuss prinzipiell dem Versuch mit Skepsis, Ethik als zeitlose und universale „Idealtheorie“ (19) menschlichen Handelns zu konzipieren. Andererseits lehnt er eine politische Philosophie ab, welche die Politik von einem bereits normativ vorgefassten kategorialen Rahmen aus beurteilt, was das Wesen von Politik notwendig verfehle. Dass Geuss diese beiden sehr verschiedenen Fragen/Annahmen nicht deutlich trennt, was notwendig wäre, ist für seine weitere Argumentation sekundär, die primär letzteren Kritikpunkt zum Ausgang ihrer vier Thesen nimmt, die im weiteren Verlauf des Essays konkretisiert und ausgeführt werden: 1. Politische Philosophie muss „realistisch“ (22) sein, d.h. sie muss von den gegebenen politischen Institutionen und sozialen Strukturen ausgehen, die das Handeln der Mensch bewegen und motivieren. Politische Philosophie, die hingegen von normativen Prämissen ausgeht, wie Menschen nach diesen handeln sollten, verfehlt schon im Grundsatz ihr Objekt. Dementsprechend sei es auch sekundär, was die Menschen über ihre Handlungen und Motive selbst „sagen, denken, glauben“ (25). Motive, Glauben, Werte und auch Illusionen seien zwar keineswegs irrelevant für das politische Handeln. Sowohl als Primäres als auch als Unhinterfragtes taugen sie allerdings nicht für eine realistische politische Philosophie; zudem können auch noch so gut begründete Moralprinzipien durchaus völlig folgenlos für das reale politische Handeln sein. 2. Politik hat es also nicht primär mit „Überzeugungen oder Aussagen“ (26) zu tun, sondern mit dem Handeln und seinen Kontexten, die 3. „immer historisch verortet“ (28) und institutionell vermittelt sind. Diese grundsätzlichen und stets sich wandelnden Verhältnisse, in die politisches Handeln eingebettet ist, „müssen“ von jeder ernstzunehmenden politischen Philosophie in ihre „Überlegungen“ mit einbezogen werden; ansonsten ist sie im schlechtesten Sinne abstrakt und strukturell ideologisch. Die letzte These von Geuss zielt noch einmal auf den spezifischen Charakter politischen Handelns. Dieses sei nicht eine „Theorieanwendung“, sondern habe „größere Ähnlichkeit mit der Ausübung eines Handwerks oder einer Kunst“ (31); entzieht sich also, wie schon Aristoteles wusste, philosophischer Deduktion und Systematik. Geuss lehnt daher am Ende seiner Thesen völlig zu Recht die verdinglichte Differenzierung von (rein normativer) politischer Philosophie und (rein deskriptiver) politischer Theorie als kontraproduktiv und inadäquat, weil jeweils verblödend und selektiv ab: „Den einen kanonischen Stil gibt es in der Theoriebildung zur Politik eben nicht“ (33).

In Teil 1 „Realismus“ (35-81) seines Essays skizziert Geuss sodann den Grundriss einer realistischen politischen Theorie. Diese sei durch drei „besonders wichtige Fragekomplexe“ (38) gekennzeichnet, deren Gewährsmänner das Triumvirat Lenin, Nietzsche und Weber sind; da mit diesem name-dropping keinerlei Interpretation ihrer jeweiligen politischen Theorie verbunden ist, ist die Wahl wohl dem (zu Recht) realistischen Image der drei Denker geschuldet. Wie dem auch sei, die erste und wichtigste Frage laute mit Lenin „Wer wen?“ (38): „Wer hat welche *power* über wen, und in wessen Interesse wird diese *power* ausgeübt. [...]. Das wiederum verlangt ein Verständnis der bestehenden sozialen und politischen Institutionen“ (45). Mit Nietzsche wird dann die zweite Frage nach den „Prioritäten“ und „Präferenzen“ (47), nach der wertenden Perspektive der Handelnden gefragt. Und im Anschluss an Weber gelte es abschließend nach der „Legitimierung“ von „Politik“ und ihrer konstitutiven „Gewalt“ (52) zu fragen. Ausgehend von diesen Fragen habe eine realistische politische Theorie fünf Aufgaben zu bewältigen: (1) Verstehen, wie politische

¹¹ Rezension zu Geuss, Raymond: Kritik der politischen Philosophie. Eine Streitschrift, Hamburg 2011. Die kürzere englische Originalfassung ist 2008 bei der Princeton University Press erschienen.

Systeme, die immer historisch spezifisch sind, „tatsächlich funktionieren“ (57). (2) Beurteilen, ob vorhandene politische Handlungen und Systeme etwas taugen (58-60), was freilich nicht alleine oder vorrangig eine moralische Bewertung impliziert. (3) Das „Orientierungsbedürfnis“ (60) moderner Menschen ernstnehmen. (4) Durch begriffliche „Innovation“ zur „Lösung anstehender praktischer Probleme beizutragen“ (64). (5) Politische Aufklärung mittels „Ideologiekritik“ (75) zu betreiben.

In Teil 2 (84-128) seiner Ausführungen geht Geuss hieran anschließend verfehlten Formen politischer Philosophie am Beispiel von R. Nozick und besonders J. Rawls nach. Nozick kritisiert er für einen völlig abstrakten und unhistorischen Begriff subjektiver Rechte als dem Ausgangspunkt politischer Philosophie (84-97). In die gleiche Kerbe schlägt auch seine Rawlskritik (97-128). Wie Nozicks Rechtsbegriff sei auch Rawls' Gerechtigkeitstheorie nicht nur nicht überzeugend, da sie formell, abstrakt-normativ und unhistorisch Politik zu verstehen suche, sondern sie sei darüber hinaus auch hoch ideologisch. Zum einen sei ihre argumentative Basis weit weniger universell als Rawls suggeriere, zum anderen desartikuliere sie Macht als *die* Substanz von Politik: „In der wirklichen Politik sind Theorien wie die von Rawls Blindgänger, es sei denn natürlich als potenzielle ideologische Interventionen. Ein theoretischer Ansatz, der keinen Platz für eine Theorie der Macht vorsieht, ist nicht bloß gravierend unzulänglich, sondern schadet aktiv, weil er mystifizierend wirkt.“ (128). Im Endeffekt ist es eine rhetorische Frage an die normative politische Philosophie: „Sind das nicht alle politischen Fragen?“ (116). Um sie zu beantworten, ist die Moralphilosophie in der Tat ein falscher Ausgangspunkt.

In seiner Schlussfolgerung (129-137) fasst Geuss nochmals seine zentralen Kritikpunkte an der normativen, dekontextualisierten und unhistorischen politischen Philosophie der Gegenwart zusammen und stellt ihr seine eigene realistische politische Philosophie entgegen. Ihr Ausgangspunkt können keine (kontra)faktischen moralischen Normen sein, da diese eben nicht die Substanz der Politik sind: „Wer über Politik nachdenken will, sollte zuerst über Macht nachdenken“ (131). Zudem sei Politik nicht die Ausführung/Verwirklichung von Theorien, sondern ein eher geschicktes Handeln und Urteilen in einer sich stets wandelnden Umwelt, die sich nur überaus gewaltsam auf das moralische Gut-Böse-Schema reduzieren lasse.

Auf eine Detailkritik verzichte ich. Diese hätte, abgesehen von dem scheinradikalen Kokettieren mit einem (begrifflich) völlig willkürlichen „Neo-Leninismus“ (134), den drohenden Umschlag der Kritik am abstrakten Normativismus in einen normativen Realismus genauso zu fokussieren wie die Universalisierung von Macht (von Herrschaft ist übrigens nirgends die Rede) als dem spiegelverkehrten, ebenso unhistorische Pendant zur Moral. Eine letzte, durchaus frustrierte Anmerkung kann ich mir aber nicht verkneifen: Dass diese Studie, die systematisch wenig ausgearbeitet ist und inhaltlich nichts wirklich neues liefert – und die man daher auch nicht gelesen haben muss – für Furore im Betrieb sorgt, verweist auf dessen desaströsen Zustand. Die politische Philosophie wird mit ihren diskursiven, sich über Zitatenkartelle reproduzierenden Exklusionen von jemandem konfrontiert, der eigentlich dazugehört: wenn Oxford ruft, scheint man sich zur Antwort genötigt zu fühlen. Das Ergebnis wird ein beliebiger Diskurs mehr sein, der in seiner Belanglosigkeit dem Autismus einer Disziplin gleicht, die sich mit ihrem 'normativ gehaltvollen' und 'kontrafaktischen' Jargon unbeirrbar um die scheinbar niemals untergehende Sonne der bürgerlichen Herrschaft, die jetzt demokratische Freiheit heißt, dreht: „Die zu unserer Zeit gang und gäben Deklamationen und Anmaßungen gegen die Philosophie bieten das sonderbare Schauspiel dar, daß sie durch jene Seichtigkeit, zu der diese Wissenschaft degradiert worden ist, einerseits ihr Recht haben und andererseits selbst in diesem Elemente wurzeln, gegen das sie undankbar gerichtet sind. Denn indem jenes sich so nennende Philosophieren die Erkenntnis der Wahrheit für einen törichteren Versuch erklärt hat, hat es [...] alle Gedanken und Stoffe *nivelliert*“ (Hegel: Vorrede zur Philosophie des Rechts).

Hendrik Wallat